

# Medieninformation

---

## **65.000 OberösterreicherInnen drohen reale Einkommensverluste Gewerkschaften starten Protestaktionen gegen ungerechte ÖVP-FPÖ-Sparpläne**

Kindergartenhelferinnen, Bauhofarbeiter, Spitalsbeschäftigte oder Bedienstete in Gemeinden: Den Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen – vom Seniorenzentrum bis zum Theater – drohen in Oberösterreich empfindliche Reallohnverluste.

Landeshauptmann Thomas Stelzer hat bereits angekündigt, dass er diese Menschen mit Lohn- und Gehaltserhöhungen unter der Inflationsrate abspeisen will. Die Gewerkschaften starten deshalb noch heute mit Protestmaßnahmen. „Wir werden nicht zulassen, dass die ArbeitnehmerInnen für die schwarz-blauen Sparpläne bezahlen. Niemand kann mir erzählen, dass es gerecht ist, einem Stadtgärtner oder einer Reinigungsfrau im Spital die ohnehin bescheidenen Einkünfte real zu kürzen“, stellt Norbert Haudum, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Youunion, klar.

### Gewerkschaften sammeln ab heute Unterschriften

Ein erster Schritt, um gegen die Einkommenskürzungen zu protestieren, ist eine Unterschriftenaktion. „Es ist absolut nicht einzusehen, dass die Menschen in Oberösterreich weniger bekommen sollen, als ihre KollegInnen in anderen Bundesländern oder Bundesbedienstete. Mit der Unterschriftenaktion zeigen wir auf, dass sich das die Betroffenen nicht kampflös gefallen lassen werden“, sagt Haudum. „Weitere Schritte sind natürlich in Planung.“

### Schlechte Aussichten für Ordensspitalsbeschäftigte

Betroffen von den Sparplänen sind neben den Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen auch die MitarbeiterInnen in den oberösterreichischen Ordensspitälern, die vom Land finanziert werden. Deren Kollektivvertragsverhandlungen starten in den nächsten Tagen unter schlechten Vorzeichen. „Wir wissen von den Geschäftsführungen, dass das Land nicht bereit ist, faire Lohnerhöhungen zu finanzieren“, berichtet Landesvorsitzender Helmut Woisetschläger.

Beschäftigte in Privatkindergärten und beim Roten Kreuz ebenfalls betroffen

Ebenfalls betroffen sind die Beschäftigten in privaten Kinderbetreuungseinrichtungen, von der Caritas bis zu den Kinderfreunden, oder auch Beschäftigte beim Roten Kreuz. Andreas Stangl, Geschäftsführer der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier: „Was die Regierung Stelzer vorhat, ist ein Anschlag auf die Einkommen von Menschen, die ohnehin nicht gerade zu den Spitzenverdienern gehören. Das werden wir mit aller Kraft bekämpfen!“

Linz, 14. November 2017

Freundliche Grüße  
Mag.<sup>a</sup> Carmen Braun

ÖGB Oberösterreich  
Bereichsleiterin Kommunikation und Service

Weingartshofstraße 2  
4020 Linz  
Tel: +43 732 665391 6037  
@: carmen.janko@oegb.at  
<http://www.oegb.at/ooe>  
<http://www.facebook.com/oegbooe>